

Überarbeitete Version, 22.1.11

Ulrich Brand

Wachstum und Kritik, Transition und Transformation

Der zentrale innere Zusammenhang der Wachstumsproblematik liegt in der kapitalistischen Produktionsweise begründet. Vorgeschossenes Geldkapital muss über den Mehrwert bildenden Produktionsprozess oder über davon abgeleitete Verwertungsprozesse vermehrt werden. Ob und auf welcher materiellen Basis das aber zu ökonomischem Wachstum innerhalb einer Gesellschaftsformation oder sogar weltweit führt, hängt von vielen Faktoren ab. Denn Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise müssen nicht ökonomisch wachsen. Die Verwertung des in Konkurrenz zueinander stehenden Kapitals geht mitunter einher mit der Entwertung von anderem Kapital, mit der Außerwertsetzung von Räumen etwa durch De-Industrialisierung, der Erschöpfung von Ressourcen oder die Abnahme landwirtschaftlicher Produktivität. Kapitalistische Entwicklung findet nämlich räumlich und zeitlich ungleich statt. Und sie ist krisenhaft.

Ökonomisches Wachstum ist Ergebnis komplexer sozialer Prozesse wie etwa der Organisation der Arbeitsteilung - als Lohnarbeit wie auch als Reproduktions- und Sorgearbeit, als innerbetriebliche wie internationale Arbeitsteilung -, dem Stellenwert bestimmter Branchen, wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen. Wachstum ist Ergebnis und Teil von Subjektivierungsprozessen, Vorstellungen von gutem Leben und Fortschritt sowie vielfältiger Formen der Aneignung der Natur. Es ist Teil der politischen Verhältnisse, die nicht aus den ökonomischen Verhältnissen ableitbar sind, aber eben auch nicht unabhängig von ihnen. Wirtschaftswachstum ist eines der wichtigsten Staatsziele – in Westdeutschland seit dem 1967 verabschiedeten Wachstums- und Stabilitätsgesetz bis zu den jüngsten Kriseninterventionen oder der „Europa 2020“-Strategie von 2010 mit dem Ziel eines „strategy for smart, sustainable and inclusive growth“.

Wirtschaftliches Wachstum trägt, zumindest bis zu dem Punkt, an dem wachstumsfördernde ökologische Zerstörung und soziale Probleme nicht zu offensichtlich werden, zum besseren Funktionieren und zur Legitimität kapitalistischer Herrschaft bei (Brangsch 2010: 3ff.). Gleichmäßiges Wachstum gibt eine gewisse Planungssicherheit hinsichtlich der ja immer unsicheren Zukunftsinvestitionen.

Für eine kritische Debatte um ökonomisches Wachstum gilt es daher zu bedenken, dass eben ein solches Wachstum nicht nur dem Kapital bzw. einzelnen Fraktionen eine höhere Profitabilität ermöglicht, sondern dass es in kapitalistischen Gesellschaften eher ökonomische Verteilungsspielräume ermöglicht und auch die Subalternen an kapitalistisch erzeugtem Reichtum teilhaben lässt. Wie diese materielle Teilhabe läuft, hängt von historischen Gegebenheiten wie etwa historisch erkämpften sozialstaatlichen Standards und von den jeweiligen Kräfteverhältnissen ab, aber auch vom Grad der Kommodifizierung und damit von der Rolle, die andere Wirtschaftsformen wie etwa die Subsistenzwirtschaft oder nicht als Lohnarbeit verrichtete gesellschaftliche Tätigkeiten spielen. Hohes Wachstum kann, muss aber nicht, mit neuer Lohnarbeit einhergehen, was wiederum die Bedeutung und Kampfkraft der Gewerkschaften stärkt. Wachstum kann den materiellen Handlungsspielraum des Staates erweitern, wenn es sich über Steuern, Abgaben und Zölle in den öffentlichen Haushalten bemerkbar macht.

Ob und vor allem wie es unter Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise über längere Zeiträume zu Nicht-Wachstum kommen kann - die mit verstärkter Umverteilung vom gesellschaftlichen Unten zu den VermögensbesitzerInnen und/oder Kapitalentwertung einhergeht -, ist eine derzeit offene Frage. Das betrifft auch die Entkoppelung von wertmäßigem Wachstum und Ressourcenverbrauch: Bisher geschieht eine solche allenfalls partiell. Es gibt aber wenige Anzeichen, dass die (wertmäßige) Akkumulation von Kapital ganz grundlegend von der Ressourcennutzung losgelöst werden kann. Im Prinzip ist aus meiner Sicht ein „grüner“, d.h. post-fossiler und auf massivem Recycling basierender Kapitalismus denkbar – ob und vor allem wie er realisiert werden kann, ist jedoch offen. Wahrscheinlich sind autoritäre Entwicklungen, in denen der oligarchische Wohlstand einer weltgesellschaftlichen Minderheit abgesichert wird (vgl. die Überlegungen zur „imperialen Lebensweise“ unten).

Wachstumskritik

Die Wachstumsdebatte wird derzeit breit geführt und sie wird sich voraussichtlich intensivieren. Das war bereits in der Krise des Fordismus der Fall. Damals verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland von etwa 5% pro Jahr auf 2-3% (also auf eine Wachstumsrate, die heute als hoch gelten würde). Die Debatte um und Einführung von neuen Wohlstandsindikatoren wie dem Human Development Index oder Vorschläge für einen Nationalen Wohlfahrtsindex (Diefenbacher/Zieschank 2010) sind selbst Ausdruck von Krisenbewusstsein und ein symbolisches Kampffeld, da sich in den Indikatoren wiederum Weltansichten, Interessen und Kompromisse verdichten (Brangsch 2010).

Seitens der politischen Linken wird die Wachstumsthematik mitunter mit der Hoffnung verbunden, angesichts der multiplen Krise ein Vehikel zu finden, um die politischen, sozio-ökonomischen und ökologischen Grundlagen kapitalistischen Wirtschaftens grundlegender zu thematisieren und zu verändern (vgl. zu unterschiedlichen Positionen Adler/Schachtschneider 2010; vgl. andere Beiträge in diesem Heft). Mitunter wird vorgeschlagen, statt von Wachstum stärker von Entwicklung zu sprechen.

Ein wichtiges Merkmal linker Politik besteht darin (bzw. sollte darin bestehen), einerseits Wachstum und Umwelt nicht gegeneinander auszuspielen, aber andererseits Wachstum nicht nur als quantitatives oder qualitatives zu verstehen. In den konkreten Formen des Wachstums sind Herrschaftsverhältnisse angelegt, die aus emanzipatorischer Perspektive aufgedeckt und angegangen werden müssen. Unter kapitalistischen Bedingungen sind alle auf Gedeih und Verderb der Wachstumsmaschinerie ausgeliefert – nur manche haben eben mehr davon als andere. Daher sind Verteilungsfragen hochgradig politisiert. Aus emanzipatorischer sozial-ökologischer Perspektive sollten die konkreten *Formen* – Weltmarktkonkurrenz und privatkapitalistische Aneignung gesellschaftlicher Produktion – und *Inhalte* – ressourcenintensive Produktion und Konsumtion, vielfach entfremdete Lohnarbeit – von Wachstum infrage gestellt werden. Zudem geht es darum, ein Grundprinzip des globalen Kapitalismus, das im Globalisierungsprozess enorm aufgewertet wurde, zurückzudrängen: das der ökonomischen und politischen Konkurrenz. Zwar haben die neue internationale Arbeitsteilung und die damit einhergehende verschärfte Konkurrenz zu Produktivitäts- und Wohlstandsgewinnen geführt, aber eben um den Preis immer rücksichtsloserer Naturausbeutung (vgl. Brand 2011).

Theoretisch-konzeptionelle und praktische Wachstumskritik benötigt neben vielen konkreten Kritiken, Vorschlägen und praktischen Alternativen in Bereichen wie Ernährung und Wohnen,

Mobilität und Kommunikation, Bildung und Gesundheit auch breitere Horizonte der Veränderung hin zu einer attraktiven und solidarischen Lebensweise, Vorstellungen geeigneter Strategien, von beharrenden und veränderungsbereiten Kräften und entsprechenden Bündnissen.

In diesem Sinnemöchte ich mich im skizzierten Diskussions- und politischen Raum auf einen Aspekt konzentrieren, nämlich auf den Stellenwert politischer Steuerung in den von vielen als notwendig erachteten Veränderungsprozessen. Anhand der Begriffe Transition und Transformation möchte ich eine auf Fragen der Steuerung fokussierende Perspektive unterscheiden von einer, die den Blick stärker auf einen gesamtgesellschaftlichen Umbau der zwar in die Krise geratenen, aber in manchen Bereichen immer noch hegemonialen Verhältnisse hin richtet. Mein Argument verdeutliche ich am Begriff der imperialen Lebensweise.

Die Begriffe Transition und Transformation sind nicht trennscharf. In der politikwissenschaftlichen Forschung wird unter Transition eher der Wechsel von politischen Regimen verstanden – etwa der autoritäre Regime oder Militärdiktaturen in Südeuropa in den 1970er Jahren, später in Afrika und Lateinamerika zu liberaldemokratischen politischen Systemen. Der Begriff der Transformation bezeichnet häufig den Übergang der osteuropäischen sozialistischen Plan- und kapitalistische Marktwirtschaften. Beide Begriffe werden mitunter synonym verwendet.

Ich plädiere für begriffliche Schärfe, um damit wichtige Differenzen anzuzeigen: Transition verstehe ich im Sinne politisch-intentionaler Steuerung, Transformation als umfassenden sozio-ökonomischer, politischer und sozio-kultureller Veränderungsprozess, in den Steuerung und Strategien eingehen, der darauf aber nicht reduzierbar ist. In der Sprache der Regulationstheorie entspräche die Unterscheidung jener zwischen sich verändernder Regulierung und Regulation.

Transition

Die Übergänge sind fließend, doch anhand einiger Beispiele soll mein Argument verdeutlicht werden. Die New Economics Foundation (NEF), die mit ihren Studien in den letzten zwei Jahren zu einer Art transnationalen kollektiven Intellektuellem wurde, möchte mit dem Begriff *The Great Transition* (2010) zur Debatte über Notwendigkeiten und Möglichkeiten zu einer neuen Wirtschaftsweise beitragen. Dafür macht die linkskeynesianische ausgerichtete NEF sehr komplexe und einsichtige Vorschläge wie etwa eine Neubewertung von Wohlstand, eine größere und progressive Rolle des Staates oder die Aufwertung lokaler Produktion. Neben Hinweisen, was jede und jeder einzelne im privaten Bereich tun kann, liegt der eindeutige Fokus der Studie jedoch darauf, dass Regierungen Einsicht in die Probleme beweisen und umsteuern müssen (ebd.: 97-99).

Ein zweites Beispiel ist der innerhalb der Linken zunehmend verwendete Begriff der *just transition*. Er wurde ursprünglich von Gewerkschaften geprägt. Zentral für die Strategien einer gerechten Transition ist für die Gewerkschaften – etwa neben Bildung, Übergangsmöglichkeiten in andere Jobs, die Beteiligung der Gewerkschaften an Veränderungen, eine Kostenaufteilung - ein „national framework of mechanisms to ensure long-term planning and representative decisionmaking on environmental transition“ (TUC 2008: 5; ähnlich CLC 2000), um langfristige und stabile Beschäftigung zu erreichen. Der Begriff wurde unter anderem von argentinischen, kanadischen und britischen Gewerkschaften sowie Umwelt-NGOs als Entwicklungspfad hin zu einer CO₂-armen Ökonomie eingeführt und auf

der offiziellen Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 verwendet. Das ist aus meiner Sicht kein Zufall. Denn die politischen Vorstellungen internationaler Umweltpolitik, in der die ökologische Krise sehr präsent ist, sind eben solche des intentionalen Umsteuerns (*Transition*) über die Schaffung geeigneter politisch-institutioneller Rahmenbedingungen und Anreize (denen damit Priorität eingeräumt wird).

Als drittes Beispiel könnte eine Position aus dem Institut Solidarische Moderne stehen, in der recht drastisch die aktuelle multiple Krise dargestellt wird, um dann doch weitgehend auf ein Umsteuern von Staat (und Parteien) zu setzen. Die auf ein qualitatives Wachstum „zielenden Handlungsansätze müssen vor allem ordnungspolitischer Art sein, um zielgerichtet private Investitionen auf breiter wirtschaftlicher Front auszulösen.“ (Ypsilanti/Scheer 2010: 6).

Damit soll angedeutet werden, dass eine Transitionsperspektive stark auf einen veränderten politischen Rahmen für gesellschaftliche Akteure, insbesondere für Unternehmen, abzielt. Das derzeit prominenteste *Projekt* einer Transition ist der Grüne New Deal, der eben genau diese zu verändernden Rahmenbedingungen fokussiert, die einen grünen Kapitalismus ermöglichen. Es scheint am ehesten das Potential zu haben, hegemoniefähig zu werden (Candeias 2011). Denn er könnte sich in der aktuellen Krise als tragfähige Kompromissformel für starke Kapitalfraktionen, staatliche Politiken, die Lebensweise der Menschen in den Metropolen und die Mittelschichten in der kapitalistischen (Semi-)Peripherie erweisen.

Eine Transitionsperspektive ist wichtig. Doch sie hat ihre systematische Grenze darin, dass sie die Grenzen der (Um-)Steuerungsfähigkeit durch politische Institutionen nicht ausreichend reflektiert, sondern von einer starken Steuerungsfähigkeit insbesondere des Staates ausgeht. Das übergeht nicht nur eine gut ausgearbeitete materialistische Staatskritik, in der nicht nur auf die Herrschaftlichkeit aktueller Politiken hingewiesen wird, sondern auf die strukturellen Bedingungen, unter denen staatliche Politik eben tendenziell die herrschenden sozialen Verhältnisse absichert und grundlegendes Umsteuern systematische Grenzen hat. Historisch sehen wir das immer wieder an den begrenzten Möglichkeiten von jenen Regierungen, die mit weitreichenden sozio-ökonomischen, ökologischen und politischen Agenden antreten – zuletzt das rot-grüne Projekt in Deutschland.

Auch in der kritischen Nachhaltigkeitsforschung wird das Problem der Transition bzw. Governance auf den Punkt gebracht, nämlich als Fokussierung einer Ordnungs- oder Managementperspektive: „Conventional approaches (to governance, ub) may sustain a myth of a world manageable through neat state-civil society-international institutions and distinctions, through scientific expertise, and through uniform approaches to problem and risk assessment based on singular views of evidence. But the melee of real-life dynamics and interactions, and of everyday practice amongst citizens, bureaucrats, and people crossing public-private boundaries suggests a far more dynamic, complex and messy world in which knowledge and notions of the problem are contested. ... While these myths may expediently sustain a sense of order and control, at least in the short term and at least for some, this is often a fragile, problematic and ultimately illusory order.“ (Leach et al. 2007: 24)

Einer steuerungsoptimistischen und oft herrschaftsvergessenen Transitionsperspektive stelle ich eine hegemonietheoretisch inspirierte Transformationsperspektive anbei. Wie gesagt, dabei sollen die dargestellten Ansätze nicht verworfen, sondern eher in einen breiteren Kontext gestellt werden.

Transformation

Bei einer tiefgreifenden sozial-ökologischen *Transformation* geht es nicht nur um die geeigneten politisch-institutionellen Rahmenbedingungen, sondern um einen weitgehenden Umbau der Produktions- und Lebensweise, der ihnen zugrunde liegenden Dynamiken und damit verbundenen Kräfteverhältnisse, der verankerten Orientierungen und Subjektivitäten. Dies ist mit angemessener politisch-institutioneller Steuerung und der Einbindung von Gewerkschaften und NGOs allein nicht machbar.

Jedliches Nachdenken über tiefgreifende sozial-ökologische Veränderungen, das in der industriell-kapitalistischen, imperialen und patriarchalen Produktions- und Lebensweise den inneren Zusammenhang des Bestehenden sieht, das es zu verändern gilt, muss sich mit der tiefen Verankerung einer imperialen Lebensweise auseinandersetzen. Mit dem Begriff der imperialen Lebensweise soll folgender Sachverhalt angezeigt werden. Produktions- und Konsummuster, die in bestimmten Regionen oder Ländern hegemonial werden, können sich „kapillar“ und gebrochen sowie mit erheblichen raum-zeitlichen Unterschieden global verallgemeinern. Das hängt mit konkreten Unternehmensstrategien, Handels-, Investitions- und Geopolitiken, aber auch mit Kaufkraft und Vorstellungen einer attraktiven Lebensweise in den Gesellschaften zusammen, in die die Produktions- und Konsummuster über den Weltmarkt diffundieren. Die imperiale Lebensweise verallgemeinert sich vermittelt über räumlich spezifische Klassen und Geschlechterverhältnisse sowie entlang von ethnischen bzw. ethnisierten Linien. Sie prägt sich deshalb räumlich unterschiedlich aus. Mit „Verallgemeinerung“ ist nicht gemeint, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass bestimmte Vorstellungen von „gutem Leben“ und gesellschaftlicher Entwicklung existieren, die tief verankert sind. Neben räumlichen Unterschieden in der Ausprägung der imperialen Lebensweise (etwa zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden) existieren folglich auch erhebliche soziale Unterschiede (ausführlich Brand/Wissen 2011).

Mit dem Begriff der imperialen Lebensweise ist ein Bestimmungsfaktor benannt – etwa neben solchen politischer und medialer Einseitigkeit bis hin zur Manipulation, offenen Machtstrategien bis hin zur Repression gegen Kritik und Alternativen, politische Kooptation -, warum politisch recht wenig passiert und die Passivierung von den Menschen nicht angegangen wird. Passivierung öffnet gleichzeitig den autoritären, und damit meist rechten, politischen Strömungen den Raum. Zudem gerät damit in den Blick, dass die aktuellen Krisenstrategien unzureichend sind.

Damit wird auch eine zentrale Differenz zu den Diskussionen und praktischen Ansätzen wie beispielsweise des „vivirbien“ (gutes Leben) in einigen lateinamerikanischen Ländern deutlich (Larrea 2010). Dort haben sich aufgrund der negativen bis katastrophalen Konsequenzen neoliberaler Politik für die Bevölkerungsmehrheit in heftigen anti-neoliberalen, mitunter anti-kapitalistischen Auseinandersetzungen alternative Orientierungen gegen herrschende Entwicklungs- und Modernevorstellungen durchgesetzt. Diese Umorientierung kann, auch wenn es in der Praxis oft ganz anders aussieht, nicht hoch genug geschätzt werden. Die Zurückweisung eindimensionaler Wachstumsvorstellungen zugunsten einer Rekonstruktion des Sozialen, eines guten Lebens als Ziel, einer nicht nur auf das Kulturelle beschränkten Diversität, sondern explizit einer Pluralität von Wirtschaftsformen, einer praktischen Umwertung des Arbeitsbegriffs, grundlegend andere Naturverhältnisse sowie ganz anderer Vorstellungen von Politik, Recht und Staatlichkeit. Aber schon in Lateinamerika konkurrieren diese Leitbilder und sich verändernden Praktiken mit einem anderen Neoliberalismus-kritischen Weg, nämlich einer über starke Staatsinterventionen vorangetriebenen setzenden Neo-Desarrollismus wie er in Argentinien oder Brasilien vorherrscht.

Ein hegemonietheoretisch inspirierter Blick öffnet im Unterschied zum eher steuerungstheoretischen Blick der Transitionsperspektive ein weites Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Es geht um umfassende gegen-hegemoniale Strategien, die weit über politisches Umsteuern im Sinne einer Transition hinausgehen (ohne diese als unwichtig zu erachten). Dazu einige abschließende Bemerkungen.

Die aktuelle Aufgabe eines emanzipatorischen Transformationsprojektes liegt darin, zum einen an den oft spezifischen Problemen und ihrer Politisierung, an konkreten Konflikten und damit am Alltagsverstand der Menschen anzusetzen. Das sind aktuell die vielfältigen Prozesse von Verarmung und das Wissen um die fortschreitende Degradation der natürlichen Lebensgrundlagen. Es sind aber auch Erfahrungen wie jüngst bei „Stuttgart 21“ oder der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, den politischen und ökonomischen Mächten ausgeliefert zu sein. Linke Politik kann dann wieder gesellschaftlich initiativ werden, wenn sie den rechten und neoliberalen Entwicklungen Einhalt gebietet, demokratische Entwicklungen fördert und zu einer Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen beiträgt. Das ist so banal wie wichtig.

Emanzipatorische Politik benötigt zum anderen den weiten Horizont eines progressiven und attraktiven (welt-)gesellschaftlichen Projektes. Es entsteht nicht am Schreibtisch und wird nicht als „Masterplan“ entwickelt, sondern berücksichtigt konkrete, produktive wie negative Erfahrungen. Und dennoch spielt neben der Reflexion konkreter Ansätze und Vorschläge auch Phantasie für die Überwindung vielfältiger Herrschaftsverhältnisse eine Rolle. Dabei müssen „Kriterien“, nicht in einem engen Sinne zu verstehen, eines solchen Projektes diskutiert werden wie die Berücksichtigung von möglichen Problemen der gesellschaftlichen Naturaneignung. Denn solch ein Projekt kann nur gebrochen am linken Fortschrittsoptimismus früherer Zeiten anknüpfen (genau das ist ja das Problem der Projekte in Lateinamerika). Es geht auch um ein gewisses Maß an effizienter Produktion - die kapitalistische Produktionsweise ist in vielerlei Hinsicht ja alles andere als effizient. Diese Aufgabe, Kriterien und Konturen einer alternativen Lebensweise zu entwickeln, scheint mir heute drängender als noch vor wenigen Jahren. Eine Bedingung der Realisierung besteht darin, dass immer mehr Menschen zumindest ahnen und Wünsche entwickeln, dass eine andere, weniger herrschaftliche und zerstörerische Art gesellschaftlichen Zusammenlebens denkbar, notwendig und vielleicht sogar attraktiv ist.

Ein „gutes Leben“ kann entsprechend nicht einfach postuliert werden, sondern bedarf der Lernprozesse. So müssen bestimmte Formen der Lohnarbeit und andere gesellschaftliche Tätigkeiten – wie etwa der Bau und die Nutzung von Automobilen oder die Produktion und der Konsum industriell gefertigten Fleisches – für immer mehr Menschen unattraktiv und mittelfristig verlernt werden. Ein gutes Leben bedarf dazu der attraktiven Orientierung an sowie Planung und Produktion von lebenswerten Städten, guten Nahrungsmitteln oder effektiver wie angenehmer Mobilität. Dabei ist durchaus umkämpft, was gutes Leben bedeutet – für viele Menschen das tägliche und billige Stück Fleisch und eben Automobilität. Hier müssen Einsicht und Lernprozesse ansetzen, gleichzeitig aber über individuelle Konsumententscheidungen hinausgehen.

Eine gemeinsame Klammer all der konkreten Anliegen und Auseinandersetzungen sowie eines breiteren Horizontes der Transformation könnte gerade in der Krise darin liegen, die Frage der demokratischen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse verstärkt auf die politische Tagesordnung zu setzen. Die damit verbundenen Formen praktischer Herrschaftskritik – wer bestimmt eigentlich, wie die verschiedenen Aspekte der multiplen

Krise bearbeitet werden? - wie auch die Anerkennung und Stärkung eigener Initiative könnte aus der Passivierung weisen.

Schließlich: Wir sollten in den linken Alternativ- und Strategiediskussionen nicht dem Fehler erliegen, eben diese Alternativen und Strategien zu sehr auf die nationalstaatliche Ebene, konkret Deutschland oder Österreich, zu beziehen. Was wir derzeit erleben, ist eine Krisenstrategie, die ökonomisch zumindest aktuell durchaus erfolgreich zu sein scheint, aber zu Lasten anderer europäischer Länder. Diese Art der Krisenbearbeitung mag kurzfristig hiesigen Klassenkompromissen dienlich sein, es handelt sich aber um eine strukturkonservative Politik. Ein gutes Leben in den reichen und fehlentwickelten Ländern des Globalen Nordens im Sinne einer solidarischen und nachhaltigen Lebensweise muss vor dem Hintergrund weltgesellschaftlich progressiver Entwicklungen gedacht und gelebt werden. So wird eine drastische Abnahme des Ressourcenverbrauchs hierzulande eben den Druck auf die Inwertsetzung von Ressourcen anderswo vermindern – und alternative Entwicklungspfade öffnen.

Es ist ein altes Thema und muss dennoch in Zeiten der multiplen Krise und der problematischen Krisenbearbeitung betont werden: Ein linkes Projekt muss die je konkreten gesellschaftlichen Entwicklungspfade und Kräfteverhältnisse berücksichtigen und verändern, die weiterhin stark auf nationalstaatlicher Ebene verdichtet sind. Aber so wie das neoliberale und imperiale Projekt ein internationales ist, nämlich eines der Globalisierung des Kapitalismus, so muss auch ein alternatives Projekt ein internationales sein.

Literatur

Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München.

Brand, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegen-hegemoniale Strategien. Hamburg.

Brand, Ulrich/Sekler, Nicola (eds., 2009): Postneoliberalism. A beginning debate. Development Dialogue Nr. 51 der Dag-Hammarskjöld-Stiftung. Uppsala.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 78-93.

Brangsch, Lutz (2010): Economic „indicators“ are really about power. Manuskript.

Candeais - Krisenbuch

CLC – Canadian Labour Congress (2005): Just Transition For Workers During Environmental Change. (www.canadianlabour.ca/news-room/publications/just-transition-workers-during-environmental-change)

Communication from the Commission (2010): Europe 2020 A strategy for smart, sustainable and inclusive growth, COM(2010) 2020 Brussels, 3 March 2010

Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2010): Indikatoren des Glücks. Überlegungen zu einem Nationalen Wohlfahrtsindex. In: Le Monde Diplomatique, 9. Juli 2010.

European Green Party (2008): Eine Vision für ein soziales Europa. Das sozialpolitische Papier der European Green Party (11 October 2008), Paris.

IAASTD - International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (2009): Agriculture at a Crossroads. Washington, D.C.: Island Press.

Larrea, Ana María (2010): „Buenvivir“ als gegenhegemonialer Prozess. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2, S. xxx

Leach, M., Bloom, G., Ely, A., Nightingale, P., Scoones, I., Shah, E. and Smith, A. (2007): Understanding Governance: pathways to sustainability, STEPS Working Paper 2, Brighton: STEPS Centre.

TUC – Trades Union Congress (2008): A Green and Fair Future. For a Just Transition to a Low Carbon Economy. London (www.tuc.org.uk/touchstonepamphlets)

UNEP (2009): A Global Green New Deal. Executive Summary.1-21. Nairobi. (www.unep.org/greeneconomy/docs/ggnd_Final%20Report.pdf).

Wissen, Markus (2010): Klimawandel, Geopolitik und „imperiale Lebensweise“. Das Scheitern von „Kopenhagen“ und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik. In: Kurswechsel 2, 30-38.

Ypsilanti, Andrea/Scheer, Hermann (2010): Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens. Schriftenreihe Denkanstöße des Instituts Solidarische Moderne. Berlin. (www.solidarische-moderne.de/de/article/44.der-weg-aus-der-systemkrise-des-wirtschaftens.html)